

Taiwan schlägt Alarm

Massiver Anstieg chinesischer Cyberattacken

Taiwan wirft China eine massive Zunahme von Cyberangriffen auf seine kritische Infrastruktur von Krankenhäusern bis hin zu Banken vor. Die Zahl der Attacken sei 2025 im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozent auf durchschnittlich 2,63 Millionen pro Tag gestiegen, teilte das nationale Sicherheitsbüro der Insel am Sonntag mit. Einige Angriffe seien zeitlich mit Militärübungen abgestimmt worden, um als „hybride Bedrohungen“ die Insel lahmzulegen. Taiwan beklagt seit Jahren eine „hybride Kriegsführung“ Pekings, die von militärischen Drohgebäuden bis hin zu Desinformationskampagnen reicht.

Dem Bericht zufolge stieg die Zahl der täglichen Angriffe gegenüber 2023, als die Behörde erstmals Daten veröffentlichte, um 113 Prozent. Besonders stark sei der Anstieg in Sektoren wie Energie, Rettungsdiensten und Krankenhäusern gewesen. Dies deute auf einen „gezielten Versuch Chinas hin, die entscheidende Infrastruktur Taiwans gezielt zu schwächen und staatliche sowie gesellschaftliche Funktionen zu stören oder lahmzulegen“, hieß es in dem Bericht. Chinas „Cyber-Armee“ habe ihre Aktionen zeitlich auf militärischen und politischen Druck abgestimmt. So seien bei 23 von 40 Militärpatrouillen in der Nähe Taiwans auch die Cyberangriffe verstärkt worden.

Peking äußert sich nicht zu den Vorwürfen

Auch die Wissenschaftsparks, in denen Taiwans Halbleiterindustrie mit Firmen wie TSMC angesiedelt ist, seien Hauptziele gewesen. Dabei hätten die Angreifer verschiedene Techniken eingesetzt, um fortschrittliche Technologien zu stehlen. Dies sei ein Versuch, Chinas technologische Eigenständigkeit zu stärken und zu verhindern, dass China im Technologiewettbewerb mit den USA ins Hintertreffen gerate, hieß es in dem Bericht.



Firmen wie TSMC sind laut taiwanesischer Regierung Ziel von Angriffen.

Das chinesische Büro für Taiwan-Angelegenheiten reagierte nicht auf eine Bitte um Stellungnahme. China bestreitet regelmäßig, an Hackerangriffen beteiligt zu sein. Die Regierung in Peking betrachtet Taiwan als eigenes Territorium und hat den Einsatz von Gewalt nicht ausgeschlossen, um die Insel unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Regierung in Taipeh lehnt die Souveränitätsansprüche Chinas entschieden ab und erklärt, nur das taiwanische Volk könne über seine Zukunft entscheiden. (Reuters)



Mit der Verhaftung von Venezuelas Präsident Maduro bricht Irans oberstem Führer Ayatollah Ali Khamenei ein wichtiger Verbündeter weg.

Panik beim Regime Steht Iran als Nächstes auf der Abschussliste der USA?

Von Thomas Seibert

Ein ölreiches Land mit antiamerikanischer Regierung und schwacher Armee – nach dem US-Schlag gegen Venezuela wächst bei der Führung des Iran die Angst, dass ihr Land als Nächstes auf der Abschussliste von US-Präsident Donald Trump stehen könnte.

Erst vor wenigen Tagen hatte Trump der Islamischen Republik mit einem Militärschlag gedroht. Zudem hat Teheran mit dem venezolanischen Machthaber Nicolás Maduro einen wichtigen internationalen Partner verloren. Ein Schlag zur Entmachtung der iranischen Führung wäre für die USA jedoch schwieriger als die Intervention in Venezuela.

Trumps Angriff auf Venezuela sei „Staatsterrorismus“, erklärte die Teheraner Regierung. Amerika treibe die „Erosion und Zerstörung“ der UN-Charta voran. Der gemeinsame Widerstand gegen die USA schweißte den Iran und Venezuela bisher zusammen.

Maduro unterzeichnete 2022 bei einem Besuch in Teheran einen auf 20 Jahre angelegten Verteidigungsvertrag. US-Angaben zufolge baute der Iran eigene Drohnen in Venezuela, und die pro-iranische Hisbollah-Miliz durfte von Caracas aus ein Netzwerk in Südamerika aufbauen. Auch wirtschaftlich hätten sich die beiden Länder ge-


Arman Mahmoudian ist Iran-Experte an der University of South Florida.


Arash Azizi ist Buchautor und Iran-Experte an der Universität Boston.

genseitig geholfen, berichtet der Iran-Experte Arman Mahmoudian von der Universität Süd-Florida. Venezuela kaufte den Iranern demnach Öl-Produkte ab und verschaffte dem mit internationalen Sanktionen belegten Regime in Teheran den Zugang zu Gold, sagte Mahmoudian dem Tagesspiegel.

Bei der Zusammenarbeit sei es weniger um das Handelsvolumen gegangen als um gemeinsame politische und strategische Interessen.

Nun befürchtet das iranische Regime, der US-Angriff in Venezuela könnte als Vorbild für einen ähnlichen amerikanischen Angriff auf den Iran dienen. Maduros Schicksal sei ein schwerer Schlag für den Iran, sagte auch der Iran-Experte Arash Azizi von der Universität Boston dem Tagesspiegel: „Indem er gezeigt hat, wie dreist und schiesswütig er ist, hat Trump die Gegner des Irans ermuntert und Panik und Sorge in der Teheraner Führung verstärkt.“

Im vergangenen Juni hatten sich die USA an den israelischen Bombardements iranischer Atomanlagen beteiligt. Seitdem hat Trump mehrmals mit neuen Angriffen gedroht, zuletzt vor wenigen Tagen: Sollte die iranische Regierung bei den derzeitigen Protesten unschuldige Demonstranten töten, werde Amerika den Regierungsgegnern helfen. „Wir sind bereit“, schrieb er auf dem

von ihm gegründeten Onlinedienst Truth Social.

Irans Regimechef Ali Khamenei wies diese Drohung zurück und erklärte, sein Regime werde „den Feind in die Knie zwingen“.

Bei den Protesten, die sich an der iranischen Wirtschaftsmisere entzündeten und sich seit einer Woche ausbreiten, wurden nach einer Meldung des iranischen Oppositionssenders Iran International bisher mindestens 15 Demonstranten und ein Mitglied einer staatlichen Miliz getötet. In der Nacht zu Sonntag schrieb Trump auf Truth Social, anders als sein Vorgänger Barack Obama unterstützte er die Proteste im Iran. Die Islamische Republik besitzt die drittgrößten Öl- und die zweitgrößten Gasreserven der Welt.

Die Justiz im Iran kündigte daraufhin ein hartes Durchgreifen an. „Die Randalierer sollen wissen, dass es, wenn in früheren Phasen Nachsicht gewährt wurde, von einem Entgegenkommen keine Rede mehr sein wird“, sagte Justizchef Gholam-Hussein Mohseni-Edschehi laut dem Justizportal Misan. Als Grund nannte er Solidaritätsbekundungen der US-amerikanischen und israelischen Regierungen, der „Hauptfeinde unseres Volkes“, wie Mohseni-Edschehi sagte.

Dem Regime mangelt es an Verbündeten

Dem Iran fehlen starke internationale Partner, die ihm bei einem US-Angriff beistehen könnten. China und Russland sind zwar Verbündete, wollen die USA aber nicht verärgern. So lehnt Moskau etwa die von Teheran geforderte Lieferung moderner Kampfflugzeuge ab.

Militärisch ist der Iran den USA klar unterlegen. Luftwaffe und die Flugabwehr sind veraltet, wie sich im Juni-Krieg des vorigen Jahres zeigte. Damals konnten Israel und die USA ihre Ziele ohne Gefahr für ihre Piloten bombardieren.

Die US-Armee hat im Nahen Osten zehntausende Soldaten mit starken Verbänden der Marine und der Luftwaffe stationiert; der größte Stützpunkt in der Region liegt in Katar, direkt gegenüber vom Iran am Persischen Golf.

Hinzu kommen Kapazitäten der Supermacht außerhalb des Nahen Ostens: Bei den Angriffen im Juni schickte Trump sieben Langstreckenbomber aus den USA in den Iran und ließ iranische Atomanlagen zudem von U-Booten aus mit Marschflugkörpern beschließen.

Trump habe in Venezuela seine Bereitschaft demonstriert, bisherige Tabus der amerikanischen Außenpolitik zu ignorieren, meint Iran-Experte Mahmoudian. „Dennoch lässt sich der Militärschlag von Caracas nicht einfach in Teheran wiederholen“, sagt er.

Der Iran ist fast doppelt so groß wie Venezuela und hat dreimal so viele Einwohner. Irans Revolutionsgarde mit ihrem Raketenarsenal ist zwar keine Bedrohung für die USA, wohl aber für Israel und andere US-Partner in der Region.

Sollte der US-Präsident versuchen, das iranische Regime mit einem Militärschlag zu entmachten, wären die Risiken für die Vereinigten Staaten nach Einschätzung von Mahmoudian wesentlich höher als in Venezuela. Es könnte „eine Kaskade der Destabilisierung“ folgen, „mit dem Potenzial eines großen Krieges“. Dennoch könnte man bei Trump nie wissen, „was er als nächstes tun wird“.